

Pressemitteilung

Menschenhandel bekämpfen, Betroffene stärken

IN VIA fordert Gesetzesänderungen und den Ausbau von Beratungsangeboten für von Menschenhandel betroffene Mädchen und Frauen

Freiburg/Berlin, 18.10.2015. Der katholische Frauenverband IN VIA fordert anlässlich des Europäischen Tages gegen Menschenhandel am 18. Oktober die Politik auf, Menschenhandel entschlossen zu bekämpfen. Konkret fordert IN VIA Sicherheit für Betroffene und deren Familien sowie bedarfsgerechte Beratungs- und Therapieangebote.

1,6 Millionen Mädchen und Frauen geraten jährlich in die Fänge von Menschenhändlern, schätzt die UNO. In ihren Ländern in großer Armut lebend werden sie unter falschen Versprechungen nach Westeuropa gelockt. Die Mehrzahl der meist jungen Frauen landet in der Zwangsprostitution, wo sie eingesperrt, bedroht, misshandelt und ausgebeutet werden. Was kaum jemand weiß: Deutschland ist eines der Hauptzielländer.

Barbara Erritt von IN VIA Berlin arbeitet seit 20 Jahren mit von Menschenhandel betroffenen Frauen. „Aufgrund ihrer Erlebnisse sind Frauen, die Opfer von Menschenhandel wurden, oft stark traumatisiert. Sie benötigen eine professionelle Beratung und Betreuung, um das Erlebte zu bewältigen und überhaupt neue Lebensperspektiven entwickeln zu können.“ Doch den wenigen Beratungs- und Betreuungseinrichtungen fehlen die Gelder zur Finanzierung der Begleitung und des Aufenthalts der Frauen, die als Zeuginnen aussagen. Deshalb muss eine bundeseinheitliche Regelung der Kostenübernahme getroffen werden, zum Beispiel in Form eines Bundesfonds, fordert Erritt.



Die wenigsten Frauen, die Opfer von Menschenhandel wurden, trauen sich, gegen ihre Peiniger auszusagen weil sie davon ausgehen müssen, nach einem Prozess in ihr Heimatland zurückkehren zu müssen. Dies bedeutet für die Frauen und ihre Familien, den Menschenhändlern erneut schutzlos ausgeliefert zu sein. „Drohungen gegen ihre Familien, insbesondere gegen ihre Kinder zwingen die Frauen zum Schweigen. Deshalb müssen sie nach einem Gerichtsprozess die Sicherheit haben, eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten“, meint Erritt. Auch ihre Familienangehörigen müssen sie nach Deutschland holen können. Hier ist das Zuwanderungsgesetz nachzubessern.

Einen besonderen Schutz fordert IN VIA zudem für minderjährige Frauen, die von Zwangsprostitution betroffen waren. Diese müssen unmittelbar nach Aufdeckung der Zwangsprostitution einen gesicherten Aufenthalt bekommen.

IN VIA macht mit seiner Kampagne „Mittendrin. Ohne Rechte.“ auf die Situation von durch Menschenhandel betroffene Frauen aufmerksam. In einem Video erzählt eine betroffene Rumänin ihre Geschichte. In dem Video erfahren Sie auch mehr über die Arbeit von Barbara Erritt. www.invia-deutschland.de/kampagne

Zeichen: 2719

Kontakt:

Regine Rosner
Fachbereichsleiterin Frauen und Migration
Tel. 0761/200 234
Mobil: 0160/5541534
Mail: regine.rosner@caritas.de

Elise Bohlen
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

IN VIA Katholischer Verband für
Mädchen- und Frauensozialarbeit
Deutschland e.V.
Elise.Bohlen@caritas.de

Karlstr. 40
79104 Freiburg i. Brsg.
Telefon (0761) 200-639
Fax (0761) 200-638

www.invia-deutschland.de



Fachverband im
Deutschen
Caritasverband

Vorsitzende: Dr. Irme Stetter-Karp
Generalsekretärin: Marion Paar

IN VIA ist ein international organisierter katholischer Frauenverband, der sich gesellschaftspolitisch und durch konkrete Hilfen für gerechte Lebensbedingungen v. a. für Mädchen und junge Frauen einsetzt. IN VIA arbeitet mit 1.800 Hauptamtlichen und 2.800 Ehrenamtlichen in rund 70 Städten in Deutschland und erreicht mit seinen Angeboten jährlich ca. 150.000 Menschen (ohne Bahnhofsmissionen). IN VIA unterstützt vor allem Mädchen, Frauen und benachteiligte Jugendliche mit praktischen Hilfen. IN VIA ist auch der katholische Träger der Bahnhofsmissionen in Deutschland. IN VIA ist ein Fachverband im Deutschen Caritasverband.